

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 14

Artikel: Kongress und Konkurs
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kongress und Konkurs

Früher waren KPdSU-Kongresse deshalb machtmässig unerheblich, weil die Delegierten einfach die schon gefassten Beschlüsse der Parteiführung abzusegnen hatten, egal ob die Entscheide den bisherigen Kurs bestätigten oder einen neuen Kurs ausriefen. Selbst der «historische» 20. Kongress von 1956 war historisch nur deshalb, weil Chruschtschow dieses Forum wählte, um seine selektive Abkehr vom Stalinismus bekanntzugeben; der Parteitag war schiere Kulisse. Der jetzige 28. Kongress könnte sich aus völlig andern Gründen als belanglos herausstellen. Die Delegierten haben diesmal die Möglichkeit, ihre Beschlüsse selber zu fassen, aber dafür ist es fraglich geworden, wie weit ihre Beschlüsse für Land und Leute, für den Staat und die Gesellschaft noch massgeblich sein können.

In den letzten anderthalb Jahren der Perestrojka war es zwischen Partei und Staat zu einem Konkurrenzkampf nach dem Schaukelprinzip gekommen. Bald lenkte eine Zentralkomiteetagung mit ihren Weisungen die Aufmerksamkeit auf sich und bald eine Ses-

sion vom Volksdeputiertenkongress oder Obersten Sowjet mit ihren dazu mehr oder weniger unpassenden Beschlüssen. Wer was zu bestimmen hatte, wurde immer undeutlicher, und Gorbatschow als Chef beider Instanzen betätigte sich als Doppelwarner. Vor dem Parlament vertrat er den fortschrittlich-verantwortlichen Reformkurs der Partei, und vor der Partei machte er die Wirklichkeit ausserhalb des Apparates geltend, eine Gleichgewichtsübung auf der Grundlage des jeweiligen Gegengewichts. So blieb das Unentschieden der Massgeblichkeit mühsam gewahrt.

Dem Schein nach. Denn unterdessen entwickelte sich die Konkurrenzlage zu beiden Institutionen mit unterschiedlichem Griff auf die Wirklichkeit überall und in allen Belangen. In verschiedenen Sowjetrepubliken entwickelten sich auf Druck von unten eigenstaatliche Gremien mit dem Anspruch, das Schicksal ihrer Länder selbst zu bestimmen. Als auch Russland, das grosse Hauptstück der Union, sich staatlich im schroffen Gegensatz zu «seiner» Partei auf diesen Weg machte (siehe letzte Nummer), war auch

schon die vermeintlich unüberbietbare Zerreihsprobe mit den Randgebieten zu einer relativen Nebensächlichkeit geworden.

Zu einem direkten Machtfaktor hat sich auch die Arbeiterklasse entwickelt. Innerhalb der Partei hatten sowohl Reformen als auch Antireformen einander mit den werktätigen Massen gedroht, und nun kriegen beide recht.

Grubenarbeiterstreiks in Sibirien und der Ukraine hatte es schon letztes Jahr gegeben, und ihre erneute Ausrufung jetzt zur Zeit des Parteikongresses könnte insofern «bloss» als Zeichen dafür gewertet werden, dass die damals gebrandmarkten sozialen Missstände noch nicht behoben sind. Aber dazwischen ist ein grosser qualitativer Schritt getan worden. Denn die jetzigen Streiks sind ausdrücklich als *politische* Streiks deklariert und haben die grundsätzliche Dimension der Ordnungsanfechtung. Verlangt wird die Aufhebung der Parteimacht im Kleinen und im Grossen, vom Rücktritt des gesamten Politbüros bis zur Liquidierung der Parteizellen in den Betrieben. Die aufbegehrenden Werktätigen sehen immer deutlicher das Scheitern der Parteimacht als total an. Sie wünschen weder eine restaurative noch eine reformerische KPdSU, sondern eine entmachtete KPdSU. Das gilt in dieser Krassheit einstweilen von einem (erheblichen) Teil der Bergleute, aber es ist bezeichnend für die Stimmungslage unter den Werktätigen insgesamt: Wer nicht mehr an die Perestrojka glaubt, gibt dadurch keineswegs den konservativen Apparatschiki recht, sondern immer mehr denen, die das parteigestützte System für unreformierbar halten und deshalb nicht seine Erneuerung verlangen, sondern seine Ersetzung.

In dieser Nummer

Der Türk mit den «Turken» 4
Gibt es in Sowjetasien ein gemeinsames Osmanentum?

Leichter Wahn von Lech Walesa? 7
Polnische Krise um Solidarnosc, Regierung und Staatspräsidium

DDR 9
200 Altstädte sind aufs höchste bedroht

Zensur abgeschafft 10
Das längst verprochene sowjetische Pressegesetz ist jetzt da und verankert die Glasnost, während die Revolution kommt

Sambia vor dem Sturm? 12
Ein weiterer Fall der «zweiten Revolution» in Afrika



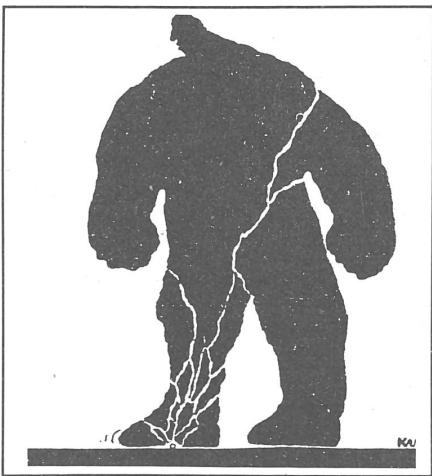
Kundgebung draussen während der Tagung des Parteikongresses. Auf dem Plakat steht: «Für Verbrechen am Volk gehört die KPdSU vor Gericht.» (Aus dem Moskauer Fernsehen vom 3. Juli)

Die Streiks im Süden und im Osten sind pars pro toto. Das gleiche Symptom lässt sich bei den Moskauern beobachten, die in ständigen Kleindemonstrationen dem Parteikongress seine Unzuständigkeit für ihre Belange attestieren, ohne sich darum zu kümmern, wer dort genau um welche Positionen ringt. Das alles wird von sowjetischen Zentralmedien noch amplifiziert, die mindestens zum Teil darüber so berichten, als ob sie einverstanden wären, so dass die Abseitsstellung der KPdSU für alle sichtbar wird.

Für alle mit Ausnahme der Kongressdelegierten. Die diskutieren mit grosstem Ernst darüber, wie weit das Reformprogramm der Parteiführung übertrieben sei oder wie weit es im Gegenteil beschleunigt werden müsse. Als ob die Beschleunigungskräfte im Land noch im geringsten auf die Impulse der Parteiführung angewiesen wären. Die Parteimitglieder vertreten die Bevölkerung nicht, und die Parteidelegierten, viele von ihnen Parteifunktionäre mit flagrant ersichtlichem Pöschcheninteresse, vertreten die Parteimitglieder nicht. Diese treten in immer grösseren Mengen aus, zahlen ihre Beiträge nicht mehr oder tun einfach nicht mehr mit. Aktivisten der Partei sind bald nur noch diejenigen, welche darauf aus sind, Konkurrenzparteien zu gründen.

So tagt der Kongress an der Sowjetwirklichkeit zur Hauptsache vorbei, und wenn ein Boris Jelzin warnt, die Partei müsse eine andere werden, wenn sie in den anders gewordenen Verhältnissen überhaupt noch etwas sein wolle, dann spricht er mit dieser Ketzerei eigentlich nur noch eine Banalität aus.

Mit der führenden Rolle der KPdSU ist es im politischen Sinn aus. Dass ihre Apparatschiki zum Teil noch Verfügungsgewalt haben, zum Beispiel über Waffen, ist eine andere Geschichte. Ihrem Sturz können sie damit nicht entgehen, aber noch können sie andere mitreissen. Ob sie es tun oder nicht, das ist, ob sie es wissen oder nicht, ihre Wahl. Und in dieser Hinsicht ist der Parteikongress doch von Belang. ■



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 25/1990

LIEBE LESER

In seinem Bericht über die mehrfache polnische Krise befasst sich Bohdan Gorski auf Seite 7 kritisch unter anderem mit der Tatsache, dass in der Regierung immer noch Figuren wie Innenminister Czeslaw Kiszczak und andere Verantwortliche des früheren Regimes sässen. Inzwischen ist die Korrektur vorgenommen worden. Mazowiecki hat die betreffenden Leute entlassen und Solidarnosc-Vertreter nachrücken lassen. Das ist eine Massnahme im Sinn der Forderungen von Lech Walesa.

Auch wirtschaftspolitisch hat Mazowiecki wenigstens annäherungsweise eine Kurskorrektur angekündigt, indem er für die kommenden Monate eine angebotsorientierte Politik ankündigte. Auch damit werden, wie wohl nur teilweise, die in unserem Bericht aufgelisteten Beanstandungen berücksichtigt, die von oppositioneller Solidarnosc-Seite herrühren und zeigen, in welche Zwickmühle die Gewerkschaft geraten ist, die sozusagen das Gegengewicht zu der von ihr gestellten Regierung bilden muss.

Endlich haben Walesa und Mazowiecki ein langes Gespräch miteinander geführt, was die unmittelbare Lage entschärft hat. Die Umstellungskrise insgesamt ist damit noch nicht behoben, in Polen so wenig wie in andern osteuropäischen Ländern, bei denen überdies die sozialistisch angemachte und maximal dimensionierte ökologische Katastrophe sozusagen überall weitergeht (siehe letzte Nummer). Etwas helfen können hier westliche Kreditgeber dadurch, dass sie die Gesamtlage berücksichtigen und ihre Auflagen nicht nur von finanziellen Gesundungsprogrammen abhängig machen, die sich ohnehin nicht nach den Sanierungsrezepten durchführen lassen, die im Westen ihre Gültigkeit haben mögen.

Was in Osteuropa auch bei den Nachzögern nicht mehr drin liegt, ist eine Weiterführung des sozialistischen Reform- und Demokratisierungsprozesses unter Vermeidung eines konsequenten Systemwechsels. In Bulgarien hatte die erneuerte Partei zwar die Wahlen gewonnen (mit welchen lauterer oder unlauteren Methoden auch immer), konnte sich aber damit gegen die aufbegehrende Jugend und Intelligenzia keine Ruhe erkaufen. Jetzt musste der Staatspräsident Petar Mladenov zurücktreten, der letztes Jahr Todor Schiwkov abgelöst und die Umwandlung der Kommunisten zu Sozialisten eingeleitet hatte. Natürlich ist der Unterschied etwa zwischen der Tschechoslowakei und Bulgarien enorm und wird durch die Neufindung der Nationen noch gesteigert, aber er ist nicht von der Art, dass von ihm noch Überlebenschancen für das gehabte System

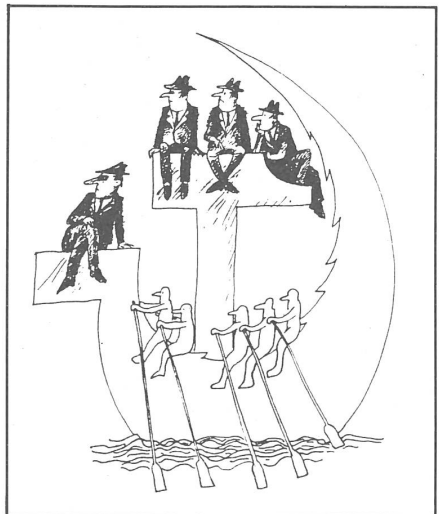
abhängen könnten. Die Alternative kommt überall anders, aber sie kommt überall.

In Jugoslawien geht die Systemkrise mit dem Auseinanderbrechen der Föderation einher. Dort führen sich Kroatien und Slowenien bereits wie unabhängige Staaten auf und haben im Unterschied zum kommunistisch geführten Serbien bereits die pluralistische Ordnung eingeführt und durch freie Wahlen bestätigen lassen, welche die KP in die Minderheit versetzten. Die neueste Souveränitätserklärung Sloweniens ist übrigens vom baltischen Exempel inspiriert, hat aber, weil das Grössenverhältnis ganz anders ist, das Gewicht der Durchsetzbarkeit von Anfang an.

Zwischen Serbien und seiner Provinz Kosovo ist die Krise noch grösser als zuvor. Kosovo hat sich zur jugoslawischen Teilrepublik ausgerufen, was Belgrad selbstverständlich nicht anerkennt. Vielmehr aberkennt es im Gegenzug der Provinz noch jene autonomen Rechte, die ihr zugestanden waren, so dass die Positionen immer weiter auseinanderklaffen. Mit Polizeigewalt setzt Belgrad im Moment noch seine Auffassung durch, aber das hält nicht lange hin. Um so weniger, als in Serbien selbst das gesellschaftliche Aufbegehren gegen die Parteidiktatur wieder stärker wird. Die Kommunisten hatten das durch einen militant nationalen Kurs nicht ohne Erfolg zuzudecken versucht, aber das kompakte Bild trägt.

Kosovo wird mehrheitlich von Albanern bewohnt, und der benachbarte Staat Albanien, ein altkommunistisches Gebilde mit verspätet angekündigten Reformen, lässt die gleichen Symptome erkennen wie vor knapp einem Jahr die DDR. Wenn das so weitergeht, wird bald die Vereinigung der Albaner hüben und drüben zum echten Traktandum. Bevor das gemeinsame Haus Europa zur Einweihung kommt, wird noch die Wohnungszuteilung neu ausgehandelt.

Christian Brügger



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 25/1990